

**Drucksachen der
Bezirksverordnetenversammlung
Lichtenberg von Berlin
VII. Wahlperiode**



Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsdrucksachenart: Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsinitiator: Fraktion DIE LINKE.	Drucksachen-Nr: DS/0091/VII Datum: 19.01.2012
Forderungsmanagement des Bezirksamtes weiter qualifizieren - keine Privatisierung offener Forderungen des Bezirksamtes an Inkassounternehmen!	
Beratungsfolge:	
<u>Datum</u>	<u>Gremium / Ergebnis</u>
19.01.2012	BVV BVV-004/VII

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht bis zum Mai 2012 darzulegen, wie das Forderungsmanagement des Bezirksamtes weiter qualifiziert und Einnahmen rechtzeitig und in voller Höhe erhoben werden können.

Begründung:

Sollen Bezirke Inkassounternehmen zum Eintreiben offener Forderungen nutzen dürfen? „Das ist ein guter, innovativer Weg“, so wird Lichtenbergs Finanzdezernent Andreas Geisel (SPD) am 21.11.2011 im [Berliner Tagesspiegel](#) zitiert.

Die Fraktion DIE LINKE. lehnt das ab. Die Berliner Verbraucherzentrale wies erst am 30.11.2011 wiederholt auf die zweifelhaften Geschäftsgebaren von Inkassounternehmen hin. Selbst bei berechtigten Forderungen werden überhöhte Gebühren und zweifelhafte Methoden angewandt.

Aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE. dem Bezirksamt für die Dezember-Hauptausschusssitzung der BVV Lichtenberg einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt. Ergebnis: Der Verkauf von Forderungen an Inkassounternehmen ist rechtlich kaum möglich und stößt an datenschutzrechtliche Grenzen.

Hinzu kommt, dass von den derzeit 15 Millionen € offenen Forderungen nach mündlicher Auskunft der Bezirksverwaltung Lichtenberg lediglich 26.000 € an Inkasso- oder Factoringunternehmen verkauft werden könnten.

Die Fraktion DIE LINKE. erwartet daher vom Bezirksamt, dass unter strenger Beachtung der Berliner Landeshaushaltsordnung der erfolgreiche Weg der ehemaligen Bürgermeisterin Christina Emmrich der Jahre 2009 bis 2011 weiter verfolgt wird. Allein in diesen Jahren konnten nach gestriger mündlicher Aussage der Bezirksverwaltung Forderungen in Höhe von 5 Millionen € eingenommen werden. DIE LINKE. erwartet, dass das Forderungsmanagement des Bezirksamtes weiter qualifiziert wird und Einnahmen rechtzeitig und in voller Höhe erhoben werden. Der Hauptausschuss wird sich Mitte 2012 mit der Angelegenheit befassen. Bis dahin sollten die Überlegungen des Bezirksamtes hierzu ausgereift sein.

Initiator: **Fraktion DIE LINKE.**